



## Politische Forderungen

### 1. Bereitstellung einer geeigneten Immobilie für das Frauenhaus Bozen

Wir fordern eine klare und zeitnahe Zusage und ein Engagement zur Bereitstellung von Unterkünften für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder - gemäß der Istanbul-Konvention und gemäß des vor Ort erhobenen Bedarfs! Dieser sieht 52 Plätze für Südtirol vor, derzeit sind jedoch nur 38 Plätze in Südtirol verfügbar, mit einem erheblichen Mangel in Bozen. Um die Sicherheit von Frauen, Mädchen und Buben zu gewährleisten, die eine Situation häuslicher Gewalt hinter sich lassen, ist eine angemessene Unterbringung und professionelle Begleitung durch Frauenhäuser unerlässlich.

Wir fordern daher, dass bis spätestens Ende der kommenden Legislaturperiode eine geheim gehaltene Immobilie für das Frauenhaus in Bozen bereitgestellt wird!

### 2. Unabhängige und laizistisch ausgerichtete Beratungsstellen auf gesamtem Provinzgebiet

Die Familienberatungsstellen wurden 1975 gesetzlich eingeführt und wurden nach der Verabschiedung entsprechender regionaler Gesetze zu unterschiedlichen Zeiten und auf unterschiedliche Weise umgesetzt. Untersuchungen des ISS (Istituto Superiore di Sanità) haben gezeigt, dass großer Bedarf auf dem Gebiet primärer Gesundheitsdienste besteht, die durch einen integrierten, multidisziplinären Ansatz gekennzeichnet sind und einem sozialen Gesundheitsmodell folgen. Familienberatungsstellen können und sollen eine strategische Rolle in unseren soziosanitären Diensten spielen, indem sie stärker in Bereichen eingebunden werden wie die Gesundheitsförderung, Geburt, Prävention von Frauenkrebs, fachkundige Begleitung bei freiwilligen Schwangerschaftsabbrüchen, sexuelle Gesundheitserziehung und Selbstbestimmung sowie die Stärkung des Individuums. Die grundlegenden Leistungen der Gesundheitsversorgung verweisen explizit auf alle Gesetze, die sich auf Familienberatungsstellen beziehen (405/75, 194/78, 34/96).

**Wir fordern die Landesregierung auf, in der nächsten Legislaturperiode bestehende Familienberatungsstellen aufzuwerten und gemäß den gesamtstaatlichen Vorgaben eine Beratungsstelle pro 20.000 Einwohner:innen in Südtirol zu verwirklichen!**

### 3. Kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln

Wir verlangen, dass auch Südtirol, wie andere Regionen Italiens, Maßnahmen für einen kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln ergreift und diesen kostenlosen Zugang auch auf Schutzmaßnahmen für sexuell übertragbare Krankheiten ausweitet.

Die Kosten für Verhütungsmittel und Methoden zur Vorbeugung von sexuell übertragbaren Krankheiten stellen ein wirtschaftliches und soziales Hindernis für den Zugang zur Verhütung, Familienplanung und sexuellen Gesundheit dar, insbesondere für die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen.

**Wir erwarten, dass Südtirol auch bei Themen wie die sexuelle Gesundheit der Bevölkerung eine Vorreiterrolle einnimmt und diesen Service kostenlos zugänglich macht!**



#### 4. **Verpflichtende sexuelle Bildung an Mittelschulen mit qualifizierten externen Fachkräften**

Ohne Aufklärung gibt es mehr ungewollte Schwangerschaften, eine größere Verbreitung von sexuell übertragenen Krankheiten und mehr sexualisierte Gewalt. Vor allem diese muss von Beginn an hinterfragt, verstanden und bekämpft werden – dazu ist professionelle Aufklärung notwendig. Die offene, unabhängige sexuelle Bildung muss einen viel höheren politischen Stellenwert erhalten.

Wir fordern verpflichtenden Sexualkundeunterricht ab der Mittelschule mit ausgebildeten Sexualpädagog:innen bzw. Fachkräften. **Die Landesregierung ist aufgefordert, finanzielle Mittel für sexualpädagogische Projekte zur Verfügung stellen, um eine ideologiefreie, unabhängige sexuelle Bildung an Pflichtschulen sicherzustellen.**

#### 5. **Umsetzung des Landes-Gleichstellungsaktionsplans, mit Bereitstellung der finanziellen Mittel**

Wir fordern die rasche Umsetzung aller Maßnahmen des Gleichstellungsaktionsplans (in der aktuell vorliegenden Fassung), mit einer Priorisierung der Maßnahmen zur Prävention und Intervention bei Gewalt an Mädchen und Frauen. Die Umsetzung muss in enger Zusammenarbeit mit den auf dem Territorium bestehenden Fach- und Beratungsstellen passieren.

Darüber hinaus fordern wir eine flächendeckende, aufeinander abgestimmte Umsetzung dieser Maßnahmen, samt regelmäßiger Evaluation. Auch fordern wir, dass die Deckung der finanziellen Mittel sichergestellt wird.